



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Newsletter

2 | 2014

Inhalt

IM INTERVIEW:

Karmen Savor, Evangelisches Johannesstift, Berlin

Wir sprachen mit der Pflege- und Gesundheitsexpertin über Inklusion in einem durch Wettbewerb geprägten Gesundheitswesen.

..... 2

Von Fußball und Kommunalfinanzen

Die Finanzlage vieler deutscher Kommunen hat sich dramatisch zugespitzt. Wie können die Städte und Gemeinden wieder zukunftsfähig gemacht werden?

..... 4



“The Transatlantic Trade and Investment Partnership: How to give civil society a stronger voice?”

Das geplante Freihandelsabkommen sorgt vor allem wegen der fehlenden Transparenz der Verhandlungen für Kritik. Das schafft Misstrauen.

..... 5

Brauchen wir TTIP?

Chlorhühner, Genmais und Geheimverhandlungen: Die Skepsis gegenüber dem TTIP ist groß. Bringt es tatsächlich Wachstum und Arbeitsplätze?

..... 6

Die europäische Bankenunion – Mehr als ein Placebo?

Nach fünfjährigen, zähen Verhandlungen ist die Bankenunion perfekt. Kann sie die nächste Finanzkrise verhindern?

..... 8

Infrastrukturinvestitionen in NRW – Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung?

Kaputte Straße, marode Infrastruktur: Das „Drehkreuz des Westens“ leidet unter einem erheblichen Investitionsstau. Wie kann dieser abgebaut werden?

..... 9

„Stillstand bedeutet Rückstand“: Lebensqualität Rhein-Main

Der Architekt Albert Speer sprach über seine Visionen einer künftigen, nachhaltigen Städteplanung.

.....9

Das Streben nach Glück und Produktivität

Wer es als Unternehmer nicht schafft, seine Mitarbeiter emotional zu binden, schadet sich selbst.

..... 11

Im Zweifel für die Chancengleichheit

Der Managerkreis diskutierte über neue und alte Schnittpunkte des Liberalen und Sozialdemokratischen.

..... 12

Familienfreundliche Unternehmen

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie braucht flexible Arbeitszeitmodelle.

..... 13

Publikationen des Managerkreises

..... 14

Literaturhinweise

..... 15

Terminvorschau

..... 16



Wie inklusiv ist unser Gesundheitswesen?

Im Interview: Karmen Savor

MBA Geschäftsführung, Inklusives Zentrum für Gesundheit, Therapie und Sport, Evangelisches Johannesstift, Berlin

Seit 2009 ist in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Idee ist die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, in der jede und jeder von Anfang an in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dazu gehört – auch im Gesundheitswesen. Immer noch sind Menschen mit Behinderungen vielfältigen Benachteiligungen im Gesundheitswesen konfrontiert: Arztpraxen und Krankenhäuser sind oft nicht barrierefrei. In vielen Gesundheitsberufen existieren „Barrieren in den Köpfen“.

Was bedeutet Inklusion im Gesundheitswesen?

Inklusion hat den Anspruch, soziale Grenzen grundsätzlich aufzuheben und ein selbstverständliches Miteinander zu leben. Behinderte sollen nicht mehr integriert, also in die Gesellschaft der Nichtbehinderten einbezogen werden, sondern nach ihren Möglichkeiten leben können –

mittendrin. Dazu müssen diese Menschen im Gesundheitswesen aber auch das erhalten, was sie brauchen. Sie müssen willkommen sein. Das ist ein sozialer Idealzustand, dessen Verwirklichung viel Kraft und Idealismus erfordert – dies stellt auch für das Gesundheitswesen eine Herausforderung dar.

Was grenzt Menschen mit Behinderung im Gesundheitswesen aus?

Häufig mangelt an der Sensibilität der Arztpraxen für das Thema Barrierefreiheit. Es ist immer noch keine Selbstverständlichkeit, die Patienten darüber zu informieren, ob eine Praxis barrierefrei ist oder nicht. Ein Rollstuhlfahrer muss zum Beispiel wissen, ob der Zugang zur Praxis mit einem Fahrstuhl möglich ist. Oder: Ein Sehbehinderter muss wissen, wo er eine Augenpraxis findet, die sehbehindertengerecht ist. Ein flächendeckendes Informationssystem, welches auf die individuellen Bedürfnisse und Erfordernisse der einzelnen Patienten ein-

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.200 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de
Kontakt Mitgliederservice
Dagmar Merk
Tel. 030-269357053
managerkreis@fes.de
Unser virtuelles Mitglieder-Netzwerk:
**[https://www.xing.com/net/
managerkreis/](https://www.xing.com/net/managerkreis/)**

geht, sollte deutschlandweit etabliert werden.

Heißt das, dass wir von einem inklusiven Gesundheitswesen noch weit entfernt sind?

Es hat sich in den letzten Jahren schon etwas getan. Dass das Thema Barrierefreiheit in den Arztpraxen noch nicht im ausreichenden Maße angekommen ist, belegt eine deutschlandweite Befragung von Arztpraxen zu der Thematik „Barrierefreiheit in der ambulanten ärztlichen Versorgung“. Rund 68.000 Arztpraxen haben Auskunft über Barrierefreiheit oder Behindertenparkplätze gegeben. Dagegen haben 152.000 Arztpraxen keine entsprechenden Vorkehrungen oder gar keine Rückmeldung gegeben.

Wo liegen die Probleme der Versorgung von Menschen mit Behinderung im Krankenhaus?

Eine gute Regelversorgung, die den ganzen Menschen sieht, stellt eine immense Herausforderung dar und muss meines Erachtens weiter ausgebaut werden. Hier geht es nicht nur um barrierefreie Zugänge, sondern vielmehr um eine gute interdisziplinäre Zusammenarbeit und ein eng am Individuum ausgerichtetes medizinisches, therapeutisches und pflegerisches Handeln. Darüber hinaus sollte die Assistenz und Unterstützung durch pädagogische Fachleute gewährleistet sein.

Für jeden Menschen ist ein Krankenhausaufenthalt ein belastendes Erlebnis. Wie muss es da erst Menschen mit einer geistigen Behinderung gehen. Werden diese mit ihren Ängsten ausreichend betreut?

Ich glaube, dass eine Überforderung im Umgang mit Menschen mit Handicap, insbesondere mit einer geistigen Behinderung, in Krankheitssituationen

Barrierefreiheit von Arztpraxen ist noch keine deutschlandweite Selbstverständlichkeit



“Eine gute Regelversorgung, die den ganzen Menschen sieht, stellt eine immense Herausforderung dar...”

vorhanden ist, da die Besonderheiten und speziellen Bedürfnisse zu wenig bekannt sind. Oft scheitert es an der Kommunikation, an der sogenannten „Leichten Sprache“, insbesondere bei den medizinischen Begriffen.

Vor einem Jahr wurde am Berliner Vivantes Klinikum Neukölln ein Behandlungszentrum für die zahnärztliche Behandlung von schwer mehrfachbehinderten Menschen eröffnet. Sind solche speziellen „Medizinische Zentren“ für die Versorgung von Menschen mit Behinderung die Lösung?

Spezielle ambulante Versorgungszentren für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung sind aus meiner Sicht ein erster Schritt in Richtung Inklusion und dienen zur Unterstützung der Regelversorgung für besondere Krankheitsbilder im Gesundheitswesen.

Wer müsste denn was tun, um zumindest das Problem der Barrierefreiheit zu lösen?

Es ist die Aufgabe und Herausforderung der Politik sowie aller Verantwortungsträger des Gesundheitssystems, verlässliche und finanzierbare Organisationsstrukturen sowie entsprechende Regularien für die medizinische Betreuung von Menschen mit Handicap zu entwickeln.

Um umfassend und individueller auf die Besonderheiten bei Menschen mit Handicap eingehen zu können, wäre es wichtig, Erkrankungsrisiken, Krankheitsbilder und therapeutische Möglichkeiten verstärkter in der Forschung zu berücksichtigen.

Die daraus gewonnen Erkenntnisse sollten in gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildungen für Ärzte, Therapeuten und Angehörige der Gesundheitsberufe integriert und umgesetzt werden.

Von Fußball und Kommunalfinanzen

Wenn man wissen will, wie es Deutschland im Großen geht, muss man sich Deutschland im Kleinen anschauen. Denn die politische Lage unseres Landes lässt sich am besten an der Stimmung in den Rathäusern und Gemeinden ablesen – dort, wo die Politik unmittelbar auf den Menschen trifft und wo die Entscheidungen fühlbar werden: vor unserer Haustür.

Die Finanzlage vieler deutscher Kommunen spitzt sich zu. Der kommunale Handlungsspielraum wird immer enger. Wie dieser Trend gestoppt werden kann war Thema einer Veranstaltung des Managerkreises am 13. März 2014 in Berlin. Mit dem früheren Staatssekretär Volker Halsch und Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel waren gleich zwei Autoren verschiedener Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Podium zu Gast. Die praktischen Erfahrungen brachte Barbara Ludwig, Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, ein. Die Sicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vertrat Rainer Kambeck, Bereichsleiter Finanzen.

Warum bekommt die Nachbarstadt ein neues Fußballstadion und wir nicht? Warum gibt es gerade bei uns so viele Problemviertel, so viele Ausländer, so viele Arbeitslose? Wie kann es sein, dass wir fast einen ausgeglichenen

Bundeshaushalt haben und trotzdem viele Kommunen am Rande der Zahlungsunfähigkeit sind?

Die Antworten auf diese Fragen sind leider nicht einfach, denn Deutschland ist in seinen Finanzbeziehungen ziemlich kompliziert. Bund, Länder und Kommunen sind zwar eigenständige und unabhängige Einheiten, doch sind sie (bewusst!) so verflochten, dass sie zusammenarbeiten müssen. Und in keinem politischen Feld ist eine Kooperation so mühsam, die Auseinandersetzung so emotional, wie wenn es ums Geld geht.

So war es auf den zweiten Blick doch nicht so verwunderlich, dass sich hinter der Diskussion des Managerkreises zur Zukunft der Kommunalfinanzen eine erfrischende Auseinandersetzung verbarg. Denn am Ende drehte sich doch alles um Fußball, behauptete die Oberbürgermeisterin von Chemnitz Barbara



Volker Halsch

Ludwig. Als sie 2006 das Rathaus übernahm, haben sie die großen Emotionen, die Fußball bei den Bürgern auslöst, überrascht. Heute gäbe es auch kaum noch ein anderes gesellschaftliches Thema, das so viele unterschiedliche Gruppen begeistern kann: Junge und Alte, Zugezogene und Alteingesessene, Arbeiter und Akademiker. Da macht der Neubau eines Fußballstadions eben doch den Unterschied.

Was gehört zur Daseinsvorsorge, die jedem Bürger garantiert sein muss? Ist es auch die Bibliothek, der Zoo, das Schwimmbad? Barbara Ludwig räumte ein, dass fast alle Oberbürgermeister meinen, ihre „Stadt sei viel zu groß für das kleine Budget“ und es immer „viel mehr Ideen als Geld dafür“ gibt. Allerdings reicht es wirklich nicht, nur das allgemeine Minimum abzudecken. Wie entscheidend die „weichen Standortfaktoren“ sogar für Unternehmen sind, unterstrich Rainer Kambeck. Neben der Gewerbesteuer als für die Ansiedlung wichtigen Punkt, verfügbaren Fachkräften und notwendiger Infrastruktur, achten Unternehmen immer mehr darauf, was den Mitarbeitern vor Ort an guten Schulen, Kulturangebot usw. zur Verfügung steht.

v. l. n. r.: Rainer Kambeck, Miriam Beul-Ramacher, Barbara Ludwig, Hans Eichel



Nur bleibt die Frage: Wer soll das bezahlen und wie? Wozu gibt es Kassenkredite, den Dispo für den Kämmerer? Ist ein Bau auf Pump eine Alternative? Das sei kein Problem, sofern mit dem Geld solide Investitionen (wie etwa eine Schule oder eben ein Fußballstadion) getätigt, also Werte geschaffen werden, so Hans Eichel. Sehr ernst werde die Lage jedoch, wenn Kommunen immer weitere Kredite aufnehmen müssten, um überhaupt ihre laufenden Ausgaben zu decken. Damit werde ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der mittlerweile viele Städte und Gemeinden in Deutschland trifft.

Hiervor warnte auch Volker Halsch gemeinsam mit anderen Teilnehmern der Diskussion: „Wir müssen unsere Kommunen wieder zukunftsfähig machen! Dies geht nur mit einem Bündel von Maßnahmen, die aufeinander abgestimmt sind und alle Entscheidungsebenen, also Kommune, Land und Bund, mit einschließt“. Was das konkret



bedeutet, ergänzte Barbara Ludwig: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht sei ebenso entscheidend wie der regelmäßige Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Finanzielle Einschnitte seien immer hart, aber wer versteht warum und welche Alternativen zur Auswahl stehen (oder eben nicht), der könne damit besser umgehen. Akzeptanz für das eigene Sparprogramm gehe nur im gemeinsamen Dialog. Und auch Bürgermeisterinnen lernten immer neu dazu, so Ludwig. Fußball ist eben mehr als nur ein Sport.

Das Thema Kommunalfinanzen wurde auch am 18. März 2014 im Managerkreis Rhein-Main in Frankfurt und im Regionalkreis NRW am 20. März 2014 in Düsseldorf diskutiert.



<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/10397-20131211.pdf>

“The Transatlantic Trade and Investment Partnership: How to give civil society a stronger voice?”

Am 18. März 2014 luden der Managerkreis Brüssel und das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Nicht-Regierungs-Organisationen, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ein, um über das geplante Freihandelsabkommen TTIP zu diskutieren.

Das Anliegen der Veranstaltung war es, jenseits der stark polarisierten öffentlichen Debatte zum TTIP die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den jeweiligen Positionen präziser herauszuarbeiten. Neben der detaillierten Diskussion über konkrete Verhandlungspunkte wie dem umstrittenen Investorenschutz, der Harmonisierung von Regulationen und den Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung standen auch die Vorwürfe um die mangelnde Transparenz und Öffentlichkeit der Verhandlungsführung im Mittelpunkt des Abends. Als Impulsgeber waren folgende Gäste geladen: Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments, Peter Chase, Vice President Europe US Chamber of Commerce, Reinhard Quick, Director of the EU Office VCI und

Tom Jenkins, External Relations Coordinator, European Trade Union Congress.

Einerseits wurde festgestellt, dass die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen im Vergleich zu früheren schon jetzt sehr viel transparenter geführt werden. Es sei aber zu erheblichen Missverständnissen in der Bevölkerung in Bezug auf konkrete Inhalte gekommen. Andererseits forderten einige Sprecherinnen und Sprecher, die jeweiligen Positionen der EU und der USA so weit publik zu machen, dass auch das Europäische Parlament und die Zivilgesellschaft von vornherein signifikanten Einfluss auf den Verhandlungsverlauf ausüben können.

Im Sinne des Veranstaltungsthemas stellte sich deshalb die Frage, ob und wie weitere politische und soziale Akteure in den Prozess mit einbezogen werden sollen. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, von einer polarisierenden Zustimmung- oder Ablehnungshaltung gegenüber der gesamten Verhandlungsmasse abzusehen und zu einer „sektoralen“ Herangehensweise überzugehen. Dadurch sei es möglich, die Kosten und Gewinne einzelner Kapitel des Abkommens für verschiedene Wirtschaftssektoren und soziale Gruppen besser einzuschätzen und abzuwägen.

Von dem Ziel eines umfassenden Freihandelsabkommens rückten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches indes ab.

Brauchen wir TTIP?

Erwarten uns mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen goldene Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, eine Ära neuen Wohlstands, oder droht der Untergang des Abendlandes, mit Chlorhühnern als Reitern der Apokalypse? Die Antwort ist einfach: weder noch. Wir wissen es einfach nicht. Der Grund dafür sind mangelnde Information und Transparenz darüber, was genau verhandelt wird.

„Die Geheimverhandlungen haben maßgeblich zu den Verschwörungstheorien beigetragen und zu einer breiten Ablehnungshaltung in der Bevölkerung geführt“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Hubertus Heil auf einer Podiumsdiskussion des Managerkreises am 5. Juni 2014 in Berlin. Insbesondere die Schutzklauseln für Investoren sind aus demokratischen Gründen sehr fragwürdig, zumindest, wo es sich wie in diesem Fall um zwei entwickelte Rechtssysteme handelt. Weitere Gäste auf dem Podium waren Karl-Ludwig Kley, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Stefan Körzell, Mitglied im geschäftsführen-

den DGB Bundesvorstand

Mit dem Verweis auf die historische Entwicklung und Notwendigkeit solcher Abkommen bei Staaten mit fragilen Rechtssystemen, wurde die Sinnhaftigkeit eines Instruments wie das TTIP grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Gerade mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen in Ägypten, Ecuador, aber auch Australien müssen solche Abkommen jedoch kritisch auf ihre Wirkung überprüft werden. Man solle daher überlegen, so der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal, ob nicht alternative Regelungen - wie der OECD-Investitionskodex - für Ab-

kommen zwischen Industriestaaten mit qualitativen Rechtssystemen ausreichen. Zumal bereits heute die Urteile von US-Gerichten gefürchtet sind und Unternehmen weltweit zu strikten Compliance-Regeln gezwungen haben. Damit wird auch deutlich, dass es bei Handelsabkommen längst nicht mehr um den reinen Abbau von Zöllen geht, sondern nicht-tarifäre Handelshemmnisse einen Großteil der Verhandlungen ausmachen. Es geht damit um Standards, Regularien und Zulassungen zu den jeweiligen Märkten.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, den deutschen Mittelstand, sind die Kosten für die unterschiedlichen



Zulassungsverfahren in Europa und den USA das Haupthindernis für eine weitere Expansion nach Amerika. Hier aber, zumindest im Pharmabereich, würden die höchsten Preise für innovative Produkte gezahlt, so Karl-Ludwig Kley. Die Belastung durch externe Prüfungen und die juristischen Feinheiten würden die Ressourcen der KMU übersteigen und sie damit am Markteintritt hindern. Die gegenseitige Anerkennung von Zulassungen und Vereinfachungen wären daher eine große Erleichterung für den Mittelstand und würden Wachstumsimpulse erzeugen.

Diese Einschätzung wird vom DGB geteilt, jedoch dürfen keine überzogenen Erwartungen an die Zuwächse gestellt werden. „Mitunter hat ein langer Winter größeren Einfluss auf die Produktion als TTIP“, so die Einschätzung von Stefan Körzell. Viel schwerwiegender beurteilt er hingegen die

Auswirkungen auf Arbeitnehmerrechte in Deutschland und Europa. Bei so unterschiedlichen Wirtschaftskulturen, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und der internationalen Arbeitsnormen, kann eine Angleichung nur langfristig erfolgen. Zum Stand Juni 2014 und den derzeit verfügbaren Informationen muss TTIP daher abgelehnt werden. Grundsätzlich aber soll man Verhandlungen dieser Art konstruktiv nutzen, um für die bewährte Sozialpartnerschaft zu werben. Dies mag Verhandlungsprozesse verlängern, die Beteiligung aller betroffenen Akteure zahle sich jedoch aus. Die Bedenken möglicher Benachteiligter zu ignorieren, führt nur zu einer Radikalisierung dieser Gruppen. Was dies bedeuten kann, hat zuletzt das Ergebnis der Europawahl gezeigt. Oder wie Hubertus Heil zusammenfasst: Es darf keine Automatismen geben.



Ein Video von der Veranstaltung am 5. Juni 2014 finden Sie hier:

 <http://www.youtube.com/watch?v=oPucdH3fR5A&feature=youtu.be>



Die europäische Bankenunion – Mehr als ein Placebo?

Nach fünfjährigen Verhandlungen ist die europäische Bankenunion beschlossene Sache. Doch statt einheitlicher Regeln für die gesamte Europäische Union gibt es unterschiedliche Anwendungsbereiche für unterschiedliche Länder und Banken. Eine genuin europäische Lösung war ohne Vertragsänderungen nicht zu erzielen, die Sollbruchstellen der Bankenunion sind damit programmiert.

Bereits im März 2013 hatten die Abgeordneten Carsten Schneider und Lothar Binding auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit führenden Spitzenvertretern der Europäischen Zentralbank EZB und der Deutschen Bundesbank über die Ausgestaltung eines europäischen Aufsichts- und Abwicklungsregimes für Banken diskutiert. Nun, ein Jahr später und nach einem langen Verhandlungsmarathon zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Rat und dem Europäischen Parlament liegen die politischen Einigungen für die Bankenunion vor. Kann dieses Vorzeigeprojekt der Europäischen Union ein geeignetes Instrument gegen neue Krisen sein oder bleibt es am Ende nur ein Versprechen?

Gemeinsam mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Carsten Schneider, der Vorsitzenden des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages Ingrid Arndt-Brauer sowie den Abgeordneten Lothar Binding und Manfred Zöllmer diskutierten Bankenvetreter und Finanzexperten in einem Fachgespräch des Managerkreises am 4. April 2014 über die Auswirkungen der Bankenunion für den deutschen Markt.

Der Teufel dieses Regelwerks steckt im Detail und die technischen Um-



Angelkort, Asmus; Noack, Harald
Ist die Bankenunion nur ein Placebo?
Autoren: Asmus Angelkort; Harald Noack.
Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Zentrale Aufgaben, 2014. – 19 S. = 2 MB PDF-File.
(Positionspapiere des Managerkreises)
Electronic ed.: Berlin: FES, 2014
ISBN 978-3-86498-829-5

 <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/10613-20140404.pdf>

setzungsmodalitäten sind noch nicht endgültig geklärt, beispielsweise die Frage, nach welchen Kriterien Finanzinstitute in den Bankenabwicklungsfonds einzahlen müssen: Soll eine solche Bankenabgabe nach Höhe und Volumen der Einlagen erfolgen oder doch eher nach Risikoklasse? Sind solche Abgaben als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar? Auch die vagen Ausnahmeregelungen für den Bail-In wurden von einigen Mitgliedern des Managerkreises kritisch hinterfragt, besonders mit Blick auf die gesicherten Einlagen. Ausnahmeregelungen und verschiedene Zuständigkeiten würden Regulierungsarbitrage befördern.

Immerhin aber, so die einhellige Meinung der Runde, sei in den letzten vier Jahren durchaus viel für eine europäische Finanzmarktregulierung auf den Weg gebracht worden. Nun beginne der konkrete Aufbau der neuen Aufsichts- und Abwicklungsregeln. Eine seriöse Auswertung der getroffenen Maßnahmen und Aufsichtsregelungen sei allerdings erst ab 2019 sinnvoll, wenn alle Instrumente und Gremien voll einsatzfähig sind. Und wenn vorher bereits die nächste Krise ausbricht? Die Feuerprobe wird es zeigen. Denn jede Krise ist anders und nur eines ist gewiss: Brüsseler Verhandlungsnächte sind lang...

Infrastrukturinvestitionen in NRW – Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung?

Nordrhein-Westfalen ist als bevölkerungsreichstes Bundesland auch eines der verkehrsreichsten. Ein dichtes Netz von Wasserwegen, Schienen und Straßen bewältigt Tag für Tag enorme Personen- und Warenströme. Sechs Flughäfen bieten über 400 internationale Direktflüge an. Der größte Binnenhafen der Welt befindet sich in Nordrhein-Westfalen, in Duisburg.

Dank einer engmaschigen Infrastruktur ist Nordrhein-Westfalen Europas größter Absatz- und Beschaffungsmarkt. Doch ein großer Teil der Infrastruktur ist marode. Straßen, Brücken und Schienenwege haben enormen Investitionsbedarf. Wie kann es NRW schaffen, durch gezielte Investitionen ein starker Partner der Wirtschaft zu bleiben? Über diese Frage diskutierten die Mitglieder des Managerkreises NRW am 8. April 2014 mit Michael Groschek, Minister für Bauen, Woh-

nen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Rund 150 Gäste waren gekommen. Der Minister



stellte die besonderen Herausforderungen des Landes dar und beschrieb die wichtigsten zukünftigen infrastrukturellen Projekte, damit das Industrieland langfristig wettbewerbsfähig bleibt. Der Investitionsstau im Straßen- und Schienenbereich sei ein ernstzunehmendes Problem. Man müsse ehrlich sein und dürfe nicht über Jahrzehnte Neubauprojekte versprechen, die unrealistisch seien. Vielmehr müssen die vorhandenen Verbindungen saniert und leistungsfähiger gemacht werden, betonte Michael Groschek.

Athanasios Titonis, Technischer Geschäftsführer des Flughafens Köln Bonn und Karl Michael Mohsen, Vorstandsvorsitzender der TX Logistik AG, beschrieben die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme. Neben den verkehrs- und infrastrukturellen Rahmenbedingungen seien für sie auch die gesetzlichen Vorgaben wie z.B. Nachtflugverbote und eine Energiewende, die nicht die Existenz der Unternehmen gefährde, wichtig. In einem Industrieland müsse man auch um Akzeptanz von Verkehren und den damit einhergehenden Belastungen für die Bevölkerung werben.

stellte die besonderen Herausforderungen des Landes dar und beschrieb die wichtigsten zukünftigen infrastrukturellen Projekte, damit das Industrieland langfristig wettbewerbsfähig bleibt. Der Investitionsstau im Straßen- und Schienenbereich sei ein ernstzunehmendes Problem. Man müsse ehrlich sein und dürfe nicht über Jahrzehnte Neubauprojekte versprechen, die unrealistisch seien. Vielmehr müssen die vorhandenen Verbindungen saniert und leistungsfähiger gemacht werden, betonte Michael Groschek.

„Stillstand bedeutet Rückstand“: Lebensqualität Rhein-Main

Seit über 50 Jahren lebt und arbeitet der Stararchitekt und Städteplaner Albert Speer in Frankfurt – in der kleinen Metropole am Main, die sich so rasant entwickelt wie keine andere westdeutsche Stadt. Am 9. April 2014 war er zum Auftakt einer Diskussionsreihe zur Frage, wie unsere Metropolregionen von morgen gestaltet sein sollen, zu Gast beim Managerkreis Rhein-Main.

„An allen bedeutenden Stadtgestaltungen – ob in China oder im arabischen Raum – ist er beteiligt gewesen.“ Kaum einer fühle sich so berufen wie Albert Speer, Veränderungen im Bestehenden vorzunehmen. Ihm sei es maßgeblich zu verdanken, dass Frankfurt zu einer der schönsten und lebenswertesten

Städte Deutschlands geworden sei, so Florian Gerster, Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main.

Heute verbindet Speer eine jahrzehntelange Hommage mit der Stadt. Lebendig erinnerte er an die Main-Metropole der Nachkriegsjahre: „Frankfurt war damals ein ziemlicher Schock.“



Nach dem Studium an der Isar arbeitete sich der junge Architekt von Frankfurt aus systematisch hoch. „Ich habe mir damals gesagt, wenn Du in München bleibst, wird aus dir nie was.“

Unter Pseudonym nahm er an verschiedenen Wettbewerben teil und gewann 1964 seinen ersten Preis für die

Bahnhofsverlegung in Ludwigshafen. Im selben Jahr gründete Speer in Frankfurt sein eigenes Büro. Der internationale Durchbruch gelang wenige Jahre später durch König Idris von Libyen. In den 70er Jahren plante Speer das Diplomatenviertel von Riad.

Bis dato entwirft er in seiner Firma „Speer und Partner“ die Welt von morgen und entwickelt Konzepte für Mega-Citys und Metropolregionen. Was ihn kennzeichnet, sind der Mut zum Risiko und seine anhaltende Mobilität, ein Höchstmaß an Internationalität und die Offenheit gegenüber anderen Menschen und Landschaften.

Vor rund 130 Mitgliedern des Managerkreises skizzierte der Architekt Leitplanken für die Lebensqualität in Frankfurt Rhein/Main. In der Metropole gäbe es heute eine positive Allianz aus Ökonomie, Bildung, Innovation und Internationalismus. Nicht zuletzt deshalb habe Frankfurt laut einer aktuellen Umfrage den ersten Platz unter den 30 bedeutendsten Städten in Deutschland eingenommen.

Lebensqualität und Nachhaltigkeit gehören für Speer untrennbar zusammen. Da Stadtentwicklung ein äußerst bürokratischer und technokratischer Vorgang sei, müsse die neue Planung emotionaler werden. „Es geht vor allem um die Frage, wie die Bürger er-

reicht werden“, betonte er mit Nachdruck. Denn eine Stadt sei immer das Abbild einer Gesellschaft.

Als gelungenes Beispiel für das Verzahnen von Lebensqualität und Nachhaltigkeit nannte der Städteplaner das Europaviertel auf dem alten Güterbahnhof zwischen Messe und Innenstadt. Dort wächst derzeit ein neues Zentrum für mehr als 13.000 Menschen. „Aus einer toten, abgegrenzten Stadt wird ein lebendiger Stadtteil.“

Insgesamt lebe die Rhein-Main-Region von den kleinen und mittelgroßen Städten und deren bürgerlicher Geschichte. Alleine sei Frankfurt viel zu klein, um sich zu positionieren und weiterzuentwickeln. Deshalb bedürfe es einer steten Veränderung. „Stillstand bedeutet Rückstand“, kritisierte der vitale 80-Jährige. Ein Nachteil der Metropolregion sei jedoch, dass sie sehr zersplittert ist und politisch nicht mit einer Stimme redet. „Das muss sich ändern!“

Der international renommierte Architekt warnte vor einer Zersiedelung der Landschaft und plädierte für einen sparsamen Umgang mit Boden. Wohnen in städtischer Atmosphäre ist sein Credo für die Zukunft. Deshalb macht er sich für attraktive Wohnhochhäuser auch in der Bürostadt Niederrad stark. Seine Vision: die Entwicklung von der

„green capital“ zur „european green region“.

„Frankfurt für alle“ heißt Speers bekannte Studie. Sie enthält Handlungsperspektiven für die internationale Bürgerstadt bis 2030. Für den Architekten in der vierten Generation ist sie die Blaupause der künftigen Stadtentwicklung. Große Zukunftsprobleme könnten nur ganzheitlich gelöst werden, indem Politik, Verwaltung, Industrie und Bürger an einem Strick ziehen, lautete die Forderung. Was fehlt, sei ein gemeinsamer Zukunftsrat Rhein/Main für einen Zeithorizont von 20 Jahren.

Nach wie vor ist Speer weltweit im Einsatz. Seine Pläne prägen die Stadtbilder von Alexandria und Shanghai. Mit dem Blick von außen bewertet er die Herausforderungen in Deutschland. „Wenn ich sehe, mit welcher Intensität wir diskutieren und nicht diskutieren, dann fühle ich mich manchmal wie auf einer Insel der Seligen. Mit zu viel Geld wird zu viel Blödsinn gemacht“.

Am Ende der Veranstaltung stimmten Albert Speer und Florian Gerster überein, dass Frankfurt Rhein/Main auf Dauer mit anderen internationalen Metropolen konkurrieren kann, wenn Dynamik auch weiterhin die vorherrschende Konstante bleibt. Stete Entwicklung im Bestehenden mache Frankfurt lebens- und liebenswert.



Das Streben nach Glück und Produktivität

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wird die Qualität der Personalführung immer wichtiger: Wie schaffen es Geschäfts- bzw. Personalführungen, ihre Mitarbeiter zu binden und Fluktuation zu vermeiden? Mit diesem Thema beschäftigt sich das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Gallup, das einmal jährlich eine Befragung zur Stärke der emotionalen Bindung deutscher Arbeitnehmer durchführt und den Gallup Engagement Index erstellt.

Im Rahmen eines Jour Fix hatten die Mitglieder des Managerkreises Berlin-Brandenburg am 8. Mai 2014 Gelegenheit, diesen näher kennenzulernen.

„Hatten Sie in der letzten Woche Spaß bei der Arbeit? Hatten Sie während der letzten 30 Tage drei oder mehr Tage, an denen der Arbeitsstress dazu geführt hat, dass Sie sich schlecht gegenüber Ihrer Familie oder Ihren Freunden verhalten haben?“ Mit diesem Auszug aus dem Fragenkatalog von Gallup begann eine intensive Diskussion in der Unternehmensfiliale am Berliner Gendarmenmarkt über den Stellenwert des Einzelnen im Unternehmen und im Team.

Warum ist der Anteil von weiblichen und internationalen Fachkräften in Deutschland weiterhin so erschreckend gering? Warum geben über 67 Prozent aller Mitarbeiter an, nur noch Dienst nach Vorschrift zu tun? Ständige Erreichbarkeit, Stress und Burn-Out werden zwar regelmäßig thematisiert, jedoch als Arbeitsbelastung und nicht als Ausdruck unzureichender Teamführung und mangelnder Mitarbeitermotivation. Viele Arbeitnehmer steigen hochmotiviert in ein Unternehmen ein, werden dann aber zunehmend desillusioniert. Schuld ist oft der direkte Vorgesetzte – wie der Gallup Engagement Index ermittelt hat.

Personalarbeit in Deutschland wird häufig als Verwaltung von Lohnsteuerabrechnungen und Urlaubsanträgen begriffen, so die Gallup-Berater. Häufig wird dabei auf externe Dienst-

leister und Recruiting-Agenturen zurückgegriffen. Eine professionelle Personalführung und -entwicklung muss jedoch nah an den Bedürfnissen der einzelnen Mitarbeiter und des jeweiligen Arbeitsumfeldes ausgerichtet werden. Der Angestellte ist mehr als ein bloßes Asset. Anerkennung wird zum zentralen Baustein eines motivierten und damit produktiven Teams. Damit bildet die Personalpolitik den Kern jeder strategischen Unternehmensführung. Ein einfaches „Guten Morgen. Geht es Ihnen gut? Schön, dass Sie da sind.“ kann mehr bewegen als jedes Teambuilding oder jede Fortbildung, so die Gutachter von Gallup.

Wie kulturübergreifende Studien gezeigt haben, besitzen alle Menschen ähnliche Grundbedürfnisse. Ein wertschätzendes soziales Umfeld trägt daher nicht nur im privaten, sondern auch im beruflichen Kontext maßgeblich zur eigenen Motivation bei. Es geht nicht darum, Arbeit nur noch unter dem Aspekt des well-being und feel-good zu verstehen, betonten die Berater. Es wird immer stressige und manchmal unangenehme Tätigkeiten im Arbeitsbereich geben. Arbeit ist auch Pflicht und nicht immer selbstbestimmt. Am Ende geht es auch um Produkte und Dienstleistungen, die

verkauft werden und Unternehmensgewinne, die den eigenen Fortbestand sichern sollen.

Der Unterschied besteht allerdings im sozialen Umgang miteinander innerhalb der Hierarchie und im Team. Kommunikation ist entscheidend und hier kann Deutschland beispielsweise von den USA lernen, die eine stärker auf die Person ausgerichtete Kultur der Ansprache aufweisen. Diese werde zwar aus deutscher Sicht häufig als oberflächlich wahrgenommen, eine langfristige Ausrichtung auf „Life, Liberty and the Pursuit of Happiness“ zeige aber signifikante Unterschiede in der Mitarbeitermotivation und in der emotionalen Bindung an die eigene Arbeit. Eine funktionale Arbeitsteilung und auch Hierarchien werden damit nicht in Frage gestellt. Es geht vielmehr darum, die Kompetenzen des Einzelnen stärker in das Gesamtsystem zu integrieren, individuelle Stärken zu fördern, Raum für eigene Ideen zu geben und schließlich Vertrauen herzustellen für eine produktive Zusammenarbeit sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer.



Im Zweifel für die Chancengleichheit

«Die Freiheit ist das Wichtigste». Dieses Zitat, das man heute wohl eher der FDP zuordnen würde, stammt von Willy Brandt und zeigt, wie sehr sich liberale und soziale Bewegung auseinander bewegt haben. Dass sowohl FDP als auch SPD jedoch auf eine sozialliberale Tradition zurückschauen können, die sie stärker verbindet, als sich vermuten lässt, war zentrale Erkenntnis einer Diskussion des Managerkreises Rhein-Main am 12. Juni 2014.

Einen Einstieg in das Thema lieferte Oliver Schmolke, Abteilungsleiter Leitung und Planung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der in seinem Buch „Zur Freiheit. Ein linksliberales Manifest“ das Bild eines modernen Sozialliberalismus zeichnet. Viel zu häufig wird die Debatte über das Verhältnis von Staat und Markt stark ideologisiert geführt: als überspitzte Gegenüberstellung zweier Denk- und

Politikrichtungen. Beide Begriffe sind aber lediglich Instrumente zur Umsetzung politisch-gesellschaftlicher Werte, die diesen zugrunde liegen. Freiheit und Sicherheit hingegen sind die zentralen Leitbilder der aufgeklärten Gesellschaft, die die Gleichheit aller Menschen zur Grundlage hat.

Freiheit in liberaler Lesart ist die Auffassung, dass jeder Mensch am besten weiß, was er kann und wie er

sein Leben am besten gestaltet, um sein individuelles Glück zu erreichen. Die soziale Strömung der Arbeiterbewegung ergänzt, dass hierfür auch die Freiheit von gesellschaftlichen und vor allem ökonomischen Zwängen nötig ist. Der aufgeklärte Bürger ist frei von Klassenzugehörigkeit und Religion oder anderen Gesellschaftszwängen. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Sicherheit. Im liberalen Verständnis

Oliver Schmolke zu Gast beim Managerkreis Rhein-Main



vor allem als Schutzrecht gegenüber staatlicher Willkür verstanden, steht damit die Unversehrtheit der eigenen Person und des Eigentums im Mittelpunkt. Die sozialdemokratische Ergänzung hierzu lautet: Sicherheit als Absicherung vor der wirtschaftlichen Ausbeute, vor der sozialen Ausgrenzung und schließlich Sicherheit als Schutz der Würde des Menschen.

Ausgehend von der freiheitlich-demokratischen Emanzipationsbewegung des neunzehnten Jahrhunderts und der Arbeiterbewegung mit dem Streben einer freien und aufgeklärten Gesellschaft, gibt es also so etwas wie eine gemeinsame sozial- und liberaldemokratische Tradition. Dieses historische Erbe ist jedoch im Verlauf der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte aus dem Blick geraten. Die soziale und liberale Bewegung haben sich auseinander entwickelt.

Sowohl die soziale wie auch die liberale Demokratie sind sich jedoch einig, dass Freiheit und Sicherheit ständig neu in Einklang gebracht werden müssen. Chancengleichheit

bzw. -gerechtigkeit stehen damit im Fokus beider Strömungen. Auch die Idee des fairen Wettbewerbs und damit eines geregelten Marktes sind für beide Seiten Ausdruck einer Ordnung, die allen Menschen gleiche Chancen ermöglichen soll. Bildung und sozialer Aufstieg sind dabei ganz wesentliche Voraussetzungen.

Interessanterweise, so das Fazit der Diskussion, zeigt sich gerade mit der Digitalisierung unserer Gesellschaft, wie aktuell das sozial-liberale Modell sein kann. Mit den Diskussionen zum Datenschutz, zur Marktstellung von Google aber auch nach dem Gesellschaftsbild des neuen, digitalen Unternehmertums werden die Koordinaten von Freiheit und Sicherheit, von Humanisierung und Recht neu vermessen. Dabei zeigen sich neue bzw. alte Schnittpunkte des Liberalen und Sozialdemokratischen. Die digitale Emanzipation ist im vollen Gange, um das zu schützen, was uns Internet und Aufklärung versprochen haben: Freiheit, Gleichheit und die Möglichkeit, die Welt zu verändern.

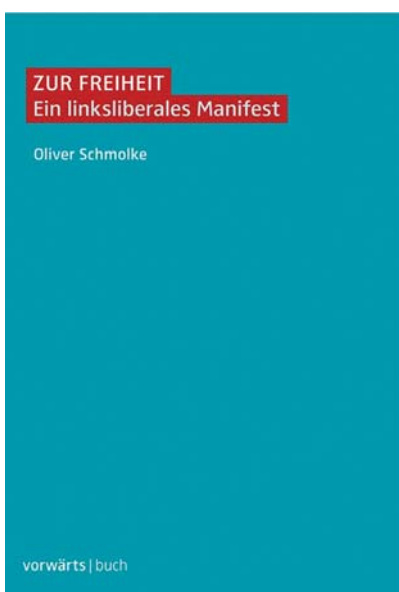
Familienfreundliche Unternehmen

Die Ministerin Ute Schäfer war am 8. Mai 2014 zu einem Hintergrundgespräch beim Managerkreis NRW zu Gast.

Das Verständnis der Unternehmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nimmt kontinuierlich zu. Viele Beschäftigte mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen wünschen sich Unterstützung durch den Betrieb, um Familie und Karriere erfolgreich vereinbaren zu können. Besonders familienfreundliche Unternehmen sind einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge zudem wirtschaftlich erfolgreicher als andere Firmen. Wie kann Politik die Rahmenbedingungen gestalten, um Unternehmer und Unternehmen in diesen Anstrengungen zu unterstützen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, beschrieb die veränderten Rahmenbedingungen für die Unternehmen, die es notwendig machen, qualifizierten Fachkräften Angebote für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu machen. Das Bedürfnis nach Karriere und Kinder würde stetig wachsen. Neben dem Ausbau von Qualität und Quantität der Kinderbetreuung stünden dabei vor allem flexible Arbeitszeitmodelle mit Teilzeit für beide Partner im Vordergrund. Unternehmen könnten unterstützend Hilfe leisten. Auch die organisatorischen Rahmenbedingungen im Betrieb seien äußerst wichtig. So sei es möglich, Meetings nicht in die Abendstunden zu legen oder einen Betriebskindergarten einzurichten.

Mitglieder des Managerkreises berichteten über die Erfahrungen in ihren Unternehmen und in ihrem eigenen Berufsleben und diskutierten mit der Ministerin über wichtige Punkte, bei denen auch die Politik unterstützend tätig sein könne.



Zur Freiheit Ein linksliberales Manifest

Oliver Schmolke
122 Seiten
vorwärts verlag
ISBN 978-3-86602-756-5

Publikationen des Managerkreises

Fachkräftemangel oder Überakademisierung? Der zukünftige Bildungsbedarf aus Sicht der Unternehmen

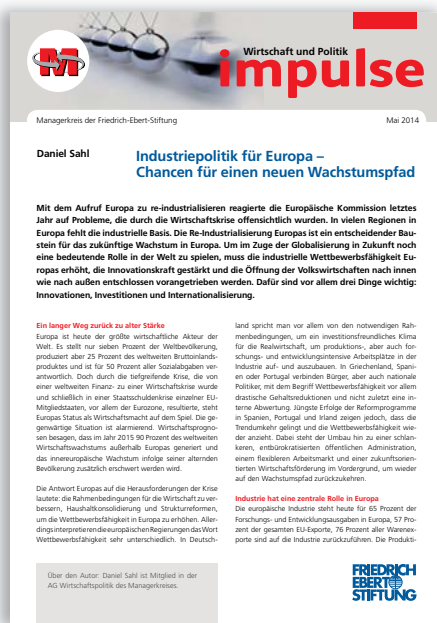
Wirtschaft und Gesellschaft brauchen hoch qualifizierte Fachkräfte. Aber sind die weitere Akademisierung von Ausbildungsgängen und die generelle Ausweitung des Studienangebots wirklich die richtige Antwort? Welche Bedeutung soll zukünftig die duale Ausbildung haben? Wie kann ein unproduktiver Wettbewerb zwischen Hochschulbildung und beruflicher Ausbildung vermieden werden? Wie stellt sich der zukünftige Bildungsbedarf aus Sicht der Unternehmen dar?

Industriepolitik für Europa – Chancen für einen neuen Wachstumspfad

Mit dem Aufruf Europa zu re-industrialisieren reagierte die Europäische Kommission letztes Jahr auf Probleme, die durch die Wirtschaftskrise offensichtlich wurden. In vielen Regionen in Europa fehlt die industrielle Basis. Die Re-Industrialisierung Europas ist ein entscheidender Baustein für das zukünftige Wachstum in Europa. Um im Zuge der Globalisierung in Zukunft noch eine bedeutende Rolle in der Welt zu spielen, muss die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöht, die Innovationskraft gestärkt und die Öffnung der Volkswirtschaften nach innen wie nach außen entschlossen vorangetrieben werden. Dafür sind vor allem drei Dinge wichtig: Innovationen, Investitionen und Internationalisierung.

Öffnung der Volkswirtschaften nach innen wie nach außen entschlossen vorangetrieben werden. Dafür sind vor allem drei Dinge wichtig: Innovationen, Investitionen und Internationalisierung.

Weitere Managerkreis-Publikationen finden Sie hier: www.managerkreis.de/mediathek



<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/10752.pdf>

<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/10761.pdf>

Literaturhinweise

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte. Heft 6/2014

Die vorliegende Ausgabe widmet sich im Schwerpunkt der gänzlich offenen Frage, ob Hoffnungen auf eine konstruktive politische Zusammenarbeit der Parteien links der Mitte in der Bundespolitik nur die leeren Träume einiger weniger sind oder auf fundierte Optionen für die maßgeblichen Akteure verweisen. Die genauere Betrachtung der Lage in den Parteien und ihrem gesellschaftlichen Umfeld zeigt, dass die Unwägbarkeiten und Hindernisse eines solchen „Projektes“ groß sind, aber eine ergebnisoffene Sondierung sich dennoch lohnt.

 <http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/>



WISO direkt Wer bestellt, bezahlt! Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs

Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann. – Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2014. – 4 S. = 185 KB PDF-File. – (WISO direkt) Electronic ed.: Berlin: FES, 2014

ISBN 978-3-86498-883-7

Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann haben im Juni 2013 für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) einen Vorschlag zum Abbau regionaler Disparitäten vorgelegt. Eine wichtige Säule ist dabei die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund. Das ifo Institut, Niederlassung Dresden, hat im Auftrag der FES eine fiskalische Analyse dieser Maßnahmen durchgeführt. Dazu wurden die Auswirkungen auf den Länderfinanzausgleich für alle Länder und den kommunalen Finanzausgleich am Beispiel Nordrhein-Westfalens untersucht.

Die Übernahme der Sozialausgaben durch den Bund erweist sich als geeignet, die Ziele des FES-Vorschlags zu erreichen. Hierzu müsste sich der Bund mit zehn Milliarden Euro beteiligen, für die ab 2020 der Solidaritätszuschlag herangezogen werden könnte. Damit die Mittel tatsächlich im Sinne des Vorschlags an die Kommunen verteilt werden können, ist allerdings eine Verständigung von Bund und Ländern notwendig. Denn die Länder besitzen bei der Verteilung der Mittel auf die Kommunen eigene Handlungsoptionen.

notwendig. Denn die Länder besitzen bei der Verteilung der Mittel auf die Kommunen eigene Handlungsspielräume.

 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10760.pdf>



Terminvorschau

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Nord-Ost

Frauen in Führung ?!

Wirtschaftlicher Unternehmenserfolg und die Quote

Podiumsdiskussion mit: **Jana Schiedek**, Senatorin für Justiz und Gleichstellung in Hamburg

Nathalie Leroy, Kaufmännische Direktorin von HamburgWasser

Claudia Plath, Managing Director Finance/CFO der ECE Projektmanagement GmbH Co.KG

Bettina Poullain, Vorstand der Hamburger Sparkasse;

Gesprächsleitung: **Susanne Stichler**, NDR

03.09.2014

Hamburg

Managerkreis NRW

Mitgliederversammlung

mit Gast **Franz-Josef Lersch-Mense**, Staatssekretär, Staatskanzlei NRW

„Zukunft der Medien – Medien der Zukunft“

Veranstaltung mit **Tom Buhrow**, Intendant des WDR, und **Michael Bröcker**, RP

04.09.2014

Köln

Managerkreis Rhein-Main

Lebensqualität in Frankfurt – Rhein-Main II.

Schwerpunkt: Kultur als Standortpolitik

mit **Johnny Klinke**, Tigerpalast

Oliver Reese, Schauspiel Frankfurt

08.09.2014

Frankfurt

Stand: Juni 2014

Weitere Termine sind in Vorbereitung

www.managerkreis.de

Impressum

V.i.S.d.P. Marc Meinardus

Koordination & Schlussredaktion: Dagmar Merk

Design: Werbestudio Zum weissen Roessl

Redaktion: Simone Varias

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Marc Bollhorst, Maren

Strehlau, Rainer Ruffer, Marco2811, eyetronic, scusi,

RioPatuca Images, bluesdesign – fotolia.com

Friedrich-Ebert-Stiftung

Managerkreis

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Fon 0 30 / 2 69 35 70 53

Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de

E-Mail: managerkreis@fes.de